

DAS JAHR GEHT

Wer hätte nach zwei Jahren Pandemie gedacht, dass es noch ärger kommen könnte? Seit fast zehn Monaten bombardiert Russland die Ukraine. Die Preise steigen, wir heizen weniger und freuen uns, wenn an der Anzeige der Tankstelle vorne eine 1 steht. 2022 hat uns allen Einiges abverlangt. Trotzdem oder gerade deshalb wünschen wir Allen ein ruhiges, friedliches und vor allem gesundes Weihnachtsfest und alles Gute für 2023. Wer weiß, was dann alles auf uns zukommt.

Staat. Machen wir!



Gewerkschaftstag 2022 in Berlin

Der dbb geht mit einer unveränderten hauptamtlichen Spitze in die nächsten fünf Jahre. Der bisherige Vorsitzende **Ulrich Silberbach** ist auch der neue Vorsitzende. Von den 631 stimmberechtigten Delegierten im Estrel Hotel in Berlin stimmten 404 für Silberbach. **Jürgen Böhm** vom Verband der Realschullehrer hatte etwa eine Woche vor dem Gewerkschaftstag seine Kandidatur für den Vorsitz angekündigt.

Böhm, der zuletzt stellvertretender ehrenamtlicher Vorsitzender gewesen war, erhielt jedoch nur 206 Stimmen. Von einer sogenannten Kampfabstimmung, von der hinterher in einigen Medien zu lesen war, kann jedoch kaum die Rede gewesen sein. Beide Kandidaten stellten sich dem Plenum vor, warben um Zustimmung. Am Ende sprachen sich 64 Prozent der Delegierten für Silberbach aus.

58,1 Prozent der Delegierten sprachen sich dafür aus, das Mandat von **Friedhelm Schäfer**, zweiter hauptamtlicher Vorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik, um fünf Jahre zu verlängern. Er erhielt 367 Stimmen, war jedoch ohne Gegenkandidat gewesen.



Ein durchaus beeindruckendes Votum erhielt der Stell. Bundesvorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik, **Volker Geyer**. 93 Prozent, oder absolut 590 der 631 Delegierten, wollten Geyer in einer weiteren Amtszeit sehen.

Wesentlich mehr Geduld brauchten die Delegierten, bis die sechs neuen ehrenamtlichen Stellvertreter feststanden – nämlich genau sechs Wahlgänge lang. Zunächst hatten sich zehn KandidatInnen vorgestellt, wobei die Verteilung alles andere als paritätisch war. Mit **Milanie Kreutz**, der Vorsitzenden der Frauenvereinigung und **Susanne Fleischmann** (VBE) kandidierten nur zwei Frauen.

Allerdings schafften sie es gleich im ersten Wahlgang. Fleischmann erhielt sogar mit 446 Stimmen das beste Ergebnis, Kreuz schaffte es mit 326 auf Platz vier. Ebenfalls den Sprung in die Stellvertretung schafften auf Anhieb **Andreas Hemsing** (Komba, 419 Stimmen) und **Klaus Wesselsky** (GDL, 433 Stimmen).

Danach wurde es kompliziert und langwierig. Erst nachdem einige Kandidaten auf ihre Kandidatur verzichteten, gelang es **Heiko Teggatz** (DPoIG) und **Maik Wagner** (GdS) die beiden verbliebenen Mandate zu gewinnen.

Ebenfalls angetreten waren **Florian Köbler** (DSTG), **Kai Rosenberger** (BBW), **Reiner Nachtigall** (BBB) und **Frank Becker** (dbb Berlin).

Der Gewerkschaftstag des dbb, der diesmal unter dem Motto „Staat. Machen wir!“ stand, ist nicht nur ein Treffen der dbb-Familie aus dem gesamten Bundesgebiet. Er ist zugleich auch eine Gelegenheit zum Austausch mit Spitzenpolitikern aller Parteien. Hauptgast der Öffentlichkeitsveranstaltung war **Bundeskanzler Olaf Scholz**. Er sicherte dem Beamtenbund zu, dass er um die Bedeutung des Beamtentums für ein funktionierendes Staatswesen wisse, nachdem ihm Ulrich Silberbach nochmals die drängendsten Probleme der Beamten aufgezeigt hatte: Schon jetzt ein Mangel an Fachkräften, den eine bevorstehende Pensionierungswelle noch verschärfen wird, eine in Teilen verfassungswidrige Besoldung und spürbar zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst quer durch fast alle Berufsgruppen.



„Sie sind die Gestalter der Zeitenwende“, adressierte der Bundeskanzler an die Mitarbeitenden des öffentlichen Dienstes in Deutschland, „Staat machen Sie, und das sehr gut. Und dafür danke ich Ihnen von ganzem Herzen.“ Es stehe außer Frage, betonte der Kanzler, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei der Gestaltung der Zukunftsaufgaben auf die richtigen Rahmendbedingungen und politische Unterstützung angewiesen seien. „Beides will ich ihnen heute zusagen“, versprach Scholz und sicherte sowohl mit Blick auf die amtsangemessene Alimentation und leistungsgerechte Bezahlung als auch in

Sachen Digitalisierung der Verwaltung Verbesserungen zu: „Leistung und Anstrengung müssen sich lohnen, das gilt insbesondere für die, die ihre Arbeitskraft in den Dienst der Allgemeinheit stellen.“ Der Kanzler forderte eine „Selbstverpflichtung der Politik: Gesetzgebung und Verwaltung dürften nicht auseinanderfallen, „wir hören auf diejenigen, die die Regelungen nachher umsetzen müssen“. Der Regierungschef bekannte sich zudem klar für eine Attraktivierung des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber. Man habe zwar mittlerweile zusätzliche Stellen geschaffen, um dem Personalmangel entgegenzuwirken, „aber diese „Stellen müssen jetzt auch mit guten Köpfen besetzt werden können“, sagte Scholz. Allerdings: Bei allen warmen Worten des Regierungschefs – einen Gesetzentwurf für eine verfassungskonforme Besoldung der Bundesbeamten hat die Bundesregierung bislang auch noch nicht vorgelegt.

Bei der anschließenden Podiumsdiskussion diskutierten **Emily Büning** (Grüne), **Mario Czaja** (CDU), **Susanne Ferschl** (DIE LINKE), **Konstantin Kuhle** (FDP) und **Kevin Kühnert** (SPD) durchaus engagiert die Fragen Demografischer Wandel und Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst: Ist eine Beschäftigung für unseren Staat noch attraktiv genug? Kann der öffentliche Sektor seine Kernaufgaben in Zukunft noch erfüllen? Moderiert wurde das Ganze von Anke Plättner (Phoenix).



Bereits am ersten Tag hatte **Berlins regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey** ein Grußwort an die insgesamt gut 900 Delegierten gerichtet. „Ihr Gewerkschaftstag ist ein wichtiger Impulsgeber für den funktionierenden Staat. Und die 906 Anträge, die Sie sich vorgenommen haben, sind für mich ein Beleg für die Leidenschaft, mit der Sie sich um die Erhaltung und Weiterentwicklung eines funktionierend öffentlichen Dienstes einsetzen.“



Aktuell werde gerade auch in Berlin viel über die funktionierende Stadt und damit über eine funktionierende Verwaltung diskutiert: „Ich möchte hierzu klarstellen, dass ich nicht bereit bin mich an einer Debatte zu beteiligen, in der die Berliner Verwaltung diskreditiert wird. Die Berliner Kolleginnen und Kollegen haben – wie die Beschäftigten in den Verwaltungen anderer Städte und Gemeinden – zuerst Anerkennung und Wertschätzung verdient“, bekräftigte Giffey.

Als wichtiges Mittel, die Handlungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes sicher zu stellen, nannte die Regierende Bürgermeisterin der Hauptstadt die Attraktivität der Arbeit zu erhöhen und gezielt junge Menschen anzuwerben, wie es in Berlin beispielsweise mit dem sogenannten „Karrierebus“ getan werde. Viele Jüngere suchten heute eine sinnhafte Tätigkeit. „Und was könnte sinnhafter sein als für das Gemeinwesen zu arbeiten?“, fragte Giffey.

Als Beispiele für das Bemühen um Fachkräfte nannte Giffey die Berliner Einstellungsoffensiven bei Polizei und Feuerwehr und in diesem Kontext auch die Entscheidung, Lehrerinnen und Lehrer nach 18 Jahren wieder zu verbeamen. Berlin könne es sich nicht leisten, jedes Jahr 500 bis 600 Lehrkräfte verlieren. „Wenn 15 Bundesländer die Verbeamtung für eine gute Idee halten, darf Berlin nicht außen vor bleiben“, eine Erkenntnis, für die man im Bundesland Berlin 18 Jahre lang brauchte. Und auch bei der Alimentation im Bundesland Berlin ist nach wie vor einiges im Argen.

Gestartet war der Gewerkschaftstag mit den ersten Sitzungen einzelner Gremien am Samstag. Am Sonntag bearbeiteten die Delegierten in fünf Arbeitsgruppen die rund 900 eingereichten Anträge.

Noch viel mehr zum Gewerkschaftstag [Gewerkschaftstag 2022 -> dbb beamtenbund und tarifunion](#)

Änderungen beim Bildungsurlaub

Das geänderte Hessische Gesetz über den Anspruch auf Bildungsurlaub (HBUG) und die zugehörige Verordnung zur Durchführung des Hessischen Gesetzes über den Anspruch auf Bildungsurlaub

(HBUGDV) wurden am 13. Oktober 2022 im Hessischen Landtag beschlossen. Die Änderungen treten zum 1. Januar 2023 in Kraft.

Das hessische Ministerium für Soziales und Integration teilt mit:

Durch den Wegfall des Schriftformerfordernisses wird zukünftig eine digitale Antragstellung möglich sein. Voraussichtlich ab dem 1. Januar 2023 können Sie Ihre Veranstaltungsanträge digital über ein Onlineformular einreichen. Veranstaltungsanerkennungen nach dem geänderten Gesetz können ab dem 1. Januar 2023 erteilt werden. Die Anträge können Sie jedoch bereits jetzt stellen. Bereits erteilte Anerkennungen für Einzelveranstaltungen in 2023 sowie Typenveranstaltungen behalten ihre Gültigkeit und die Veranstaltungen können wie eingereicht durchgeführt werden.

Das anerkannte Programm ist für die Durchführung verbindlich. Sollten Sie Änderungen am Programm oder der Durchführung planen, sind uns diese – wie bisher auch – unverzüglich mitzuteilen. Sollten Sie zum Beispiel eine bereits anerkannte Veranstaltung im digitalen Format durchführen wollen, so ist ein Änderungsantrag mit den notwendigen Angaben zu stellen. Bei mehreren ähnlichen Veranstaltungen kann dies auch gesammelt erfolgen. Die Angaben werden durch uns geprüft und Ihnen wird ein Änderungsbescheid ausgestellt.

Neue Spitze bei Kooperationspartner HUK



Einen Wechsel gibt es zum Jahresbeginn beim Kooperationspartner HUK. **Peter Mache** (rechts), langjähriger Ansprechpartner für den dbb Hessen, geht zum Jahresende in den Ruhestand. Ein Nachfolger steht bereit: **Jörg Meyer** (links) wird die Aufgaben Maches übernehmen und Ansprechpartner des dbb Hessen sein. Vor wenigen Tagen waren beide in der dbb Geschäftsstelle. Der eine, Mache, um sich vom Landesvorsitzenden Heini Schmitt persönlich zu verabschieden und für die gute Zusammenarbeit zu danken. Der andere, um sich als neuer Kooperationspartner persönlich vorzustellen. Wir wünschen alles Gute im Ruhestand und einen guten Start in die neue Aufgabe.

Frauenvertretung: Landeshauptversammlung im Oktober in Frankfurt



Die hessische dbb Frauenvertretung hat sich nach dem Ausfall der Präsenzsitzung im Oktober entschlossen, die Landesfrauentag dann doch digital stattfinden zu lassen.

Neben dem dbb Landesvorsitzenden **Heini Schmitt**, der über die aktuellen Entwicklungen in Sachen Besoldungsreparatur und Alimentation berichtete, hatte sich auch die Bundesvorsitzende der dbb Frauenvertretung **Milanie Kreutz** zugeschaltet, die wenige Tage später auf dem Gewerkschaftstag in Berlin in die Riege der ehrenamtlichen stellv. dbb Bundesvorsitzenden gewählt wurde.

Die hessische Vorsitzende der Frauenvertretung, **Sonja Waldschmidt**, hob positiv hervor, dass der dbb Hessen seine Delegierten zum Gewerkschaftstag paritätisch entsenden würde – sechs Frauen und sechs Männer. Das schaffte sonst nur der Landesverband Berlin.



45 Euro sind Ihnen **sicher!**

Wir checken Ihre Versicherungen

Wir meinen, dass Sie bei einem Wechsel von mindestens drei Versicherungen – z.B. Ihrer Hausrat-, Haftpflicht- und Unfallversicherung – zur HUK-COBURG mindestens 45 Euro im Jahr sparen.

Sollte die HUK-COBURG nicht günstiger sein, erhalten Sie einen 45-Euro-Amazon.de-Gutschein – als Dankeschön, dass Sie verglichen haben.

Kommen Sie vorbei – wir freuen uns auf Sie!

Mehr Informationen und Teilnahmebedingungen finden Sie unter [HUK.de/check](https://www.huk-coburg.de/check)

Geschäftsstelle

Wiesbaden

Tel. 0800 2 153 153 912

info@HUK-COBURG.de

[HUK.de/GS/Wiesbaden](https://www.huk-coburg.de/GS/Wiesbaden)

Mainzer Str. 98-102

65189 Wiesbaden

Mo.–Do. 8.00–18.00 Uhr

Fr. 8.00–16.00 Uhr

sowie nach Vereinbarung



HUK-COBURG
Aus Tradition günstig

Reichsbürger: Dienstrecht nicht voreilig und undurchdacht verschärfen

Da bei der anhaltenden Diskussion um Reichsbürger und die Großrazzia vorige Woche auch Beamte und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes im Focus der Ermittlungen sind, möchte der dbb Hessen nochmals deutlich unterstreichen, dass er die Ermittlungen ausdrücklich begrüßt und auf eine baldige, lückenlose juristische und disziplinarische Aufarbeitung hofft. „Menschen, die den Staat und seine Strukturen rundweg ablehnen oder sogar bekämpfen wollen, haben im öffentlichen Dienst natürlich nichts zu suchen. Wenn der Nachweis erbracht ist, dass sie nicht mit beiden Beinen fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehen,

müssen sie aus dem öffentlichen Dienst entfernt werden“, sagt der Vorsitzende des dbb Hessen, Heini Schmitt.

Jedoch weist Heini Schmitt auch darauf hin, dass dies selbstverständlich nach rechtsstaatlichen Prinzipien zu erfolgen hat. Aus guten Gründen gibt es bspw. bei den Beamten ein sog. Lebenszeitprinzip, das den Bürgerinnen und Bürgern eine frei von politischer Einflussnahme, ausschließlich den Gesetzen und Verordnungen folgende Dienstleistung sichert.

Deshalb ist die Entfernung aus dem Dienst an konkrete gesetzliche Vorgaben gebunden, die letztlich aus ebenso guten Gründen in den meisten Rechtskreisen der gerichtlichen Beteiligung, in manchen wenigstens der gerichtlichen Überprüfung unterliegen. Denn selbstverständlich besteht auch bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes uneingeschränkt die Unschuldsvermutung.

Den Vorstoß von Bundesinnenministerin Nancy Faeser, das Dienstrecht zu ändern, um ggf. Personen schneller aus dem Dienst entfernen zu können, sieht Schmitt sehr kritisch. „Die vorhandenen Instrumente sind ausreichend und haben sich bewährt. Sie müssen nur mutig angewendet werden.“ Eine aus dem Bauch heraus entstandene, voreilige und nicht durchdachte Regelung birgt die Gefahr, dass die Beschäftigten sich einem Generalverdacht ausgesetzt sehen und die Bürgerinnen und Bürger unbegründet das Vertrauen in die gesamte Verwaltung verlieren. „Dabei haben wir die Äußerung der Bundesinnenministerin zu einer vermeintlichen Beweislastumkehr noch gar nicht berücksichtigt“, sagt Schmitt.

Letzter Landeshauptvorstand vor dem Gewerkschaftstag

Zur letzten Sitzung vor dem Gewerkschaftstag im kommenden Mai kam der Landeshauptvorstand im November in Fulda zusammen. Im Rahmen der Sitzung kündigte die bisherige stellvertretende Landesvorsitzende Birgit Kannegießer an, im kommenden Jahr aus beruflichen Gründen nicht mehr als Stellvertreterin zur Verfügung zu stehen.

Heinrich Rosskopf informierte über die anstehende Einkommensrunde im TVÖD, von der sicherlich eine Signalwirkung für den TV-H ausgehen wird. Die Forderung zur TVöD-Runde ist klar: 10,5 Prozent, mindestens aber 500 Euro mehr. „Diese 500 Euro sind das Maß aller Dinge“, sagte Rosskopf. Sie führt zu mehr als 10,5 Prozent bis zur Entgeltgruppe 14, Stufe 1. „Das Konstrukt steht.“



Sehr viel kritischer sieht der Tarifausschussvorsitzende die immer mehr um sich greifende Unsitte, anstelle von tabellenwirksamen Anhebungen Einmalzahlungen anzubieten. „Das nützt gar nichts. Schließlich wollen wir auch im kommenden Jahr noch einkaufen und heizen“, sagte Rosskopf.

Landesvorsitzender Heini Schmitt verteidigte noch einmal den eingeschlagenen Weg in Sachen Besoldungsreparatur. Im Gesetzentwurf hat das Land verankert, neben anderen Verbesserungen in zwei Schritten die Besoldung um jeweils 3 Prozent anzuheben – zunächst einmal. Nach dem Doppelhaushalt, so sagt es auch der Gesetzentwurf, müssten weitere Schritte erfolgen. Mit den beiden Schritten alleine ist noch lange keine Verfassungskonformität hergestellt. Das weiß die Landesregierung, das weiß auch der dbb Hessen. „Der eingeschlagene Weg ist der Richtige, das Volumen ist zu niedrig“, sagt Schmitt. Und die derzeit hohe Inflation sei darin überhaupt noch nicht berücksichtigt.

Am 12. Januar 2023 wird es im Landtag eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf geben, ehe dieser in die abschließenden Lesungen geht. Bei der Anhörung wird der dbb Hessen nochmals bekräftigen, dass die Anhebung an Stelle von 3 Prozent selbst für erste Schritte höher ausfallen müsse.

Gewerkschaftstag des BTB in Kleinlinden



Beim Gewerkschaftstag des BTB Hessen unter dem Motto „Krisenbewältigung in Zeiten des Klimawandels - Was kann der naturwissenschaftlich-technische Dienst tun?“ am 22. November 2022 in Kleinlinden brachte dbb Landesvorsitzender **Heini Schmitt** im Zuge eines Grußworts die Delegierten auf den neuesten Stand zu den aktuellen Themen. Auch der stellv. Landesvorsitzende des dbb Hessen, **Richard Thonius**, war der Einladung gerne gefolgt. BTB-Landesvorsitzender **Dr. Detmar Lehmann** eröffnete den Gewerkschaftstag und begrüßte die Gäste, darunter auch die Landtagsvizepräsidentin **Heike**

Hoffmann (SPD), die ein Grußwort an die Delegierten richtete.

Der stellv. BTB-Bundesvorsitzende und stellv. BTB-Landesvorsitzende **Christof Weier** führte durch die Tagesordnung. Nach der Rede von Heini Schmitt folgte ein interessanter Vortrag des Präsidenten des Hess. Landesamts für Naturschutz, Umwelt und Geologie, **Thomas Schmid**.

Foto: Bernd Rudersdorf

Tarifunion: Wenn schon Inflationsausgleichsprämie, dann auch für hessische Tarifbeschäftigte

Der dbb Hessen und sein Tarifausschuss reagieren auf die Einmalzahlung in Höhe von 3000 Euro als Inflationsausgleichsprämie für die Beschäftigten der Autobahn GmbH.

Nun wurde also bei den Beschäftigten der Autobahn GmbH eine Einmalzahlung in Form einer Inflationsausgleichsprämie von 3.000 Euro vereinbart. Das ist sicher eine spürbare, wenngleich vorübergehende Entlastung.

„Unsere Tarifbeschäftigten in Hessen haben davon aber leider nichts“, so Heinrich Rosskopf, der Vorsitzende des Tarifausschusses des dbb Hessen, der damit die Entrüstung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Wirkungsbereich des Tarifvertrags Hessen (TV-H) zum Ausdruck bringt.

Grundsätzlich lehnt der dbb Hessen Einmalzahlungen ab, da sie, anders als lineare Erhöhungen, nicht tabellenwirksam sind, nicht dynamisierend wirken und nicht rentenwirksam sind. „Solche Maßnahmen sind eher ein Strohfeder, mit dem die Arbeitgeber sich um maßvolle lineare Anpassungen herumzudrücken versuchen. Mittel- und langfristig zahlen aber die Beschäftigten dann drauf“, mahnt der Landesvorsitzende des dbb Hessen, Heini Schmitt, vor einer solchen Maßnahme.

Wenn nun bei der Autobahn GmbH eine Inflationsausgleichsprämie gezahlt wird, dann weckt das natürlich bei den Beschäftigten im Wirkungsbereich des TV-H gleiche Begehrenlichkeiten. Denn die Preise sind überall gestiegen. Ein neuer TV-H wird aber erst Anfang 2024 verhandelt werden und das Ergebnis des derzeit laufenden Vertrags sieht nur solche linearen Anpassungen vor, die an der im Oktober 2021 erwarteten Inflation angelehnt sind. Zwischenzeitlich ist jedoch die Inflation drastisch gestiegen und liegt erheblich höher als im Oktober 2021 von Fachleuten prognostiziert.

Darum fordern wir auch für die Beschäftigten im Wirkungsbereich des TV-H diese Inflationsausgleichsprämie.

Für die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger in Hessen wird die Forderung nach höheren linearen Anpassungen als nur zwei Mal drei Prozent im Zuge des jetzigen Gesetzgebungsverfahrens umso nachdrücklicher gestellt.

dbb Nachrichten jetzt direkt auf den eigenen Rechner

Die dbb Nachrichten können Sie nun auch direkt auf den eigenen Rechner und die eigene Mailadresse beziehen. Einfach eine Mail mit dem Betreff „Nachrichten“, der Mailadresse und Vor- sowie Nachnamen an presse@dbbhessen.de senden – und ab der nächsten Ausgabe kommen die Nachrichten kostenlos frei Haus.

Mitglied in Fachgewerkschaft und dem dbb werden

 | Mitgliedschaft & Service

Online-Beitritt

Sie möchten Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion werden?

Kein Problem! Schicken Sie einfach folgende Angaben an uns. Wir leiten alles Weitere für Sie in die Wege.

Die mit * gekennzeichneten Felder sind Pflichtfelder

Persönliche und dienstliche Angaben

Vorname*	Nachname*
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Straße und Hausnummer*	
<input type="text"/>	
PLZ*	Wohnort*
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Geburtsdatum*	E-Mail*
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Dienststelle*	Arbeitgeber*
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Beschäftigt als*	
<input type="text" value="Bitte wählen Sie"/>	

Sieben gute Gründe für eine Mitgliedschaft
Als Mitglied einer dbb-Gewerkschaft...

...werden Ihre Interessen von einer durchsetzungsstarken Solidargemeinschaft mit 1,3 Millionen Mitgliedern wirksam vertreten.
...können Sie selbst im Kreis interessierter Kolleginnen und Kollegen Ihren Teil an einer zukunftsfähigen Gestaltung des öffentlichen Dienstes beitragen.
...werden Sie in allen berufsspezifischen Fragen und über jede Entwicklung im öffentlichen Dienst bestens informiert.
...ist Ihnen Unterstützung in beamtenrechtlichen und tarifvertraglichen Fragen sicher.
...genießen Sie

Rechtsschutz in beruflichen Rechtsstreitigkeiten.

...stehen Ihnen viele Vorteilsangebote starker Partner offen.

...können Sie auf das breitgefächerte Schulungsangebot der **dbb akademie** zurückgreifen.

Wie werde ich Mitglied?

Der dbb ist eine Spitzenorganisation, die aus Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors besteht. Mitglied wird man deshalb nicht beim dbb unmittelbar, sondern bei der für den Dienst- bzw. Arbeitsbereich zuständigen Fachgewerkschaft.

Wie viel Mitgliedsbeitrag muss ich zahlen?

Diese oft gestellte Frage kann nur von den Fachgewerkschaften beantwortet werden, denn sie erheben die Mitgliedsbeiträge und nicht die Spitzenorganisation. Die Mitgliedsgewerkschaften sind neben allen berufspolitischen Fachfragen u.a. auch für die Gewährung von Rechts- und Versicherungsschutz zuständig.

Das oben stehende Online-Beitrittsformular finden Sie unter:

<https://www.dbb-hessen.de/mitgliedschaft/online-beitritt/>

VBE-Landesvertreterversammlung: Bildung braucht Zukunft



Unter diesem Motto stand die außerordentliche Landesvertreterversammlung (LVV) des VBE Hessen, zu der rund 80 Delegierte aus den Regional- und Kreisverbänden am 14. und 15. Oktober in Fulda zusammenkamen. Live und in Farbe sozusagen, mit Zeit für Austausch zwischen den inhaltlichen Beratungen und Diskussionen – anders als bei der regulären LVV im vergangenen Jahr, die pandemiebedingt nur als virtuelles Arbeitstreffen stattgefunden hatte. Im öffentlichen Teil der LVV konnten die Delegierten außerdem hören, wo VBE-Bundesvorsitzender **Udo Beckmann**

dringenden Handlungsbedarf sieht, was dbb Landesvorsitzender **Heini Schmitt** zum Stand der Besoldung in Hessen sagte, der hessische Kultusminister **Alexander Lorz**, **Christoph Degen** (SPD) und der Landrat des Kreises Offenbach, **Oliver Quilling**, zur Frage Wie können wir Schule und Unterricht angesichts föderaler Strukturen und zersplitterter Zuständigkeiten weiterentwickeln? zu sagen haben. Aus Sicht des VBE ist die Antwort klar: Kultusministerium, Kommunen und Schulträger müssen besser kooperieren – und Mindeststandards für Digitalisierung, Ganztag und Schulsekretariate sind dringend notwendig.

Geltendmachung besoldungsrechtlicher Ansprüche für das Haushaltsjahr 2022

Da sich das Jahr dem Ende zuneigt und wir zuletzt mit zahlreichen Anfragen befasst waren, sprechen wir nachstehend für die einzelnen Fallkonstellationen Empfehlungen zur Geltendmachung bzw. Wahrung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Ansprüche für das Haushaltsjahr 2022 aus.

- 1.) Landesbeamtinnen und -beamte (auch auf Probe) sowie Landesversorgungsempfängerinnen und -empfänger, die in den zurückliegenden Jahren ihre Ansprüche bereits geltend gemacht hatten:

Mit Schreiben vom 16. November 2021 hat uns der Hessische Innenminister Peter Beuth mitgeteilt, dass er an seinem bereits erklärten Verzicht auf die Einrede der zeitnahen Geltendmachung von Besoldungsansprüchen weiterhin festhält.

Insofern halten wir auch die Geltendmachung von Besoldungsansprüchen für das Jahr 2022 für entbehrlich.

Hinzu kommt, dass das BVerfG sowie der Hessische Verwaltungsgerichtshof in seinen Entscheidungen v. 4. Mai 2020 bzw. v. 30.11.2021 festgelegt hatten, dass Beamtinnen und Beamte, die einmal ihre Ansprüche geltend gemacht haben, dies nicht in den folgenden Jahren wiederholen müssen.

2.) Landesbeamtinnen und -beamte (auch auf Probe) sowie Landesversorgungsempfängerinnen und -empfänger, die bislang noch keine Ansprüche geltend gemacht hatten:

Bezugnehmend auf die Rechtsprechung des BVerfG v. 4. Mai 2020 sowie die Entscheidung des VGH v. 30.11.2021 empfehlen wir hier, für das laufende Haushaltsjahr 2022 Ansprüche geltend zu machen.

3.) Beamtinnen und -beamte (auch auf Probe) sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger beim Bund und bei den Kommunen:

Hier empfehlen wir auch für das laufende Jahr 2022 die Geltendmachung der Ansprüche, sofern nicht eine entsprechende Erklärung des Dienstherrn über die fortdauernde Wirkung bereits geltend gemachter Ansprüche bzw. über den Verzicht auf die Einrede der zeitnahen Geltendmachung von Ansprüchen abgegeben wurde.

Als Hilfestellung stellen wir unseren Mitgliedsgewerkschaften entsprechende Musterschreiben zur Verfügung.

Wir weisen darauf hin, dass die Geltendmachung der Ansprüche bei der jeweiligen Bezügestelle spätestens bis zum 31.12.2022 erfolgt sein muss.

Es ist sinnvoll, sich eine Eingangs- bzw. Sendebestätigung aufzubewahren.

Neue Auflage des Seniorenratgebers jetzt bestellen!

Der Seniorenratgeber wurde überarbeitet und erweitert und erscheint nun in vierter Auflage. So finden sich in der aktuellsten Ausgabe neben den bewährten der Broschüre die Kapitel Versorgungsempfänger und Hess. Beihilfenrecht sowie Anwendung des Disziplinarrechts auf RuhestandsbeamtInnen.

Die rund 50 Seiten starke Broschüre kann nun wieder gegen eine Schutzgebühr von 4,80 Euro (inkl. Versandkosten) über die Geschäftsstelle des dbb Hessen bezogen werden.

Versorgungsempfänger: Entlastung kommt noch in diesem Jahr

Die Energiepreispauschale für die hessischen Versorgungsempfänger kommt – und zwar noch in diesem Jahr. Das teilte Innenminister Peter Beuth Vertretern der Landesleitung des dbb Hessen am Freitag in einem Gespräch mit. Dabei stellte er den dazugehörigen Gesetzentwurf vor. Wie er weiter mitteilte, soll die Auszahlung mit den Dezemberbezügen geschehen.

„Wir sind froh, dass die Landesregierung das Thema aufgreift und mit dem Bund gleichzieht“, sagt die Vorsitzende der dbb Seniorenvertretung, Hannelore Andree. „Vor allem, nachdem die Versorgungsempfänger bei der Corona-Pauschale leer ausgegangen waren, ist dies ein Gebot der Fairness“, sagte sie und fühlt sich bestätigt: „Die Beharrlichkeit der Seniorenvertretung des dbb Hessen hat Erfolg.“

Anmelden in unseren Presseverteiler

Sie sind Pressevertreter und wollen immer direkt unsere Pressemitteilungen und auch die dbb Nachrichten in Ihren Mailingang bekommen? Kein Problem: Schicken Sie uns einfach eine Mail mit dem **Betreff** „**Presseverteiler**“ mit dem Hinweis, für welches Medium Sie tätig sind, an folgende Mailadresse: presse@dbbhessen.de

dbb wünscht per Video frohe Weihnachten und guten Rutsch!



Es weihnachtet beim dbb Hessen

Normalerweise sind Sie es gewohnt, vom dbb Hessen per Briefpost eine Weihnachtskarte zu erhalten, mit den besten Wünschen für ein schönes Weihnachtsfest und das kommende Jahr. In diesem Jahr hat sich die Landesleitung etwas anderes einfallen lassen. Anstelle einer Karte haben wir bei der letzten Sitzung des Jahres ein kurzes Video mit dem Titel „Es weihnachtet beim dbb Hessen“ gedreht. Sicher, der dbb ist nicht Hollywood und das merkt man auch bei der Bildqualität – HD ist irgendwie anders. Aber dafür kommt die Botschaft von Herzen! Außerdem: Das eingesparte Geld für Druckkosten und Porto, 500

Euro, wird der dbb Hessen dem Kinderhospiz Bärenherz in Wiesbaden spenden.

Gleich ansehen: [dbb Hessen wünscht Frohe Weihnachten | dbb Hessen \(dbb-hessen.de\)](#)

Impressum

V.i.S.d.P.: dbb Hessen, Andreas Nöthen (Pressesprecher), Europa-Allee 103 (Praedium), 60486 Frankfurt

Mail: presse@dbb-hessen.de.

Aktuelle Nachrichten auch immer via Twitter: <https://twitter.com/dbbhessen> **Folgen Sie uns!** Sie finden den dbb Hessen auch in den sozialen Netzwerken Instagram und Facebook. Auch dort ist jeder neue Follower und jedes Like willkommen!



dbb
vorteilswelt



dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah

